

Sächsische Dorfzeitung

Anzeiger für Stadt und Land

mit der Beilage: „Illustriertes Sonntags-Blatt“

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, für das Kgl. Amtsgericht Dresden, die Kgl. Forstrentämter Dresden, Moritzburg, Tharandt und die Gemeinde Oberlöbnitz

Anzeigen - Preise:

Die einseitige Zeile 15 Pfg., unter „Eingelohnt“ 40 Pfg. Anzeigen-Aufnahme erfolgt bis Mittag 12 Uhr. — Annahmestellen sind: Unkers Geschäftsstelle, Behm Meißner Gasse Nr. 4, Invalidentent, Hanstein & Vogler, Rab. Meißner, G. L. Daube & Co. in Leipzig, Frankfurt a. M.; G. Kohl in Kassel; Hugo Richter in Kassel; C. G. G. in Kassel; Ernst Holzer in Frankfurt; K. G. G. in Dresden; Friedrich Gaudert in Leipzig; Otto Kunath in Cottbus, Max Seurich in Leipzig.

Telephon: Dresden, Nr. 3916.

Bezugsbedingungen:

Die „Dorfzeitung“ erscheint jeden Wochentag nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des folgenden Tages. Die Bezugsgebühr beträgt 1.80 Mark vierteljährlich oder 60 Pfg. für jeden Monat. Die „Dorfzeitung“ ist zu beziehen durch die hiesigen Postämter, die Landbriefträger und durch andere Boten. Bei freier Lieferung ins Haus erhebt die Post noch die Zustellungsgebühr von 45 Pfg.

Telegramm-Adr.: Dorfzeitung Dresden.

Nr. 30.

Dresden, Sonntag, den 5. Februar 1905.

67. Jahrgang.

Das Neueste.

Der Reichskanzler veröffentlicht einen Dankerlass des Kaisers für die ihm zu seinem Geburtstag zugegangenen Glückwünsche.

Der Seniorenkonvent des Reichstages beschloß, daß am Donnerstag die Beratung der Handelsverträge beginnen soll.

Der Streik im Ruhrgebiet zeigt ein langsames Abflauen. Am Freitag hat sich die Zahl der Arbeitswilligen auf mehreren Bezirken vermehrt.

General Kuropatkin meldet neue Kämpfe mit wechselndem Erfolg südwestlich von Rukben.

In Warschau dauert der Ausstand an. Im kaufmännischen Wapthagebiet, in Patum und Lillis ist ein neuer Ausstand ausgebrochen. Die Ausstandsbewegung an der deutsch-russischen Grenze bei Sosnowice umfaßt 20,000 Streikende.

Die Stadt Dainy wird von den Japanern den Namen Tairen erhalten.

Die russische Revolution.

Die Ursachen des russischen Aufstands sind im allgemeinen bekannt und trotz der verschiedenartigen Beurteilung im einzelnen sind doch alle Stimmen darüber einig, daß im russischen Volke im allgemeinen ein immer größerer Verlangen sich Bahn bricht nach der politischen bürgerlichen Gleichstellung mit anderen Nationen, in denen das Volk selbst eine Stimme hat in der Gestaltung seiner Geschichte und seine Regenten ihm eine gesetzliche Verantwortlichkeit schulden. Aber es fehlt dem russischen Volke das wirkliche Verständnis dafür, was eine Verfassung eigentlich ihrem Wesen nach bedeutet; es ist sich nicht klar über die Art und Weise, wie sich eine Konstitution entwickelt, wie die Teilnahme des Volkes an der Regierung sich eigentlich vollzieht. Der erste blutige Sonntag in St. Petersburg hat ein deutliches Zeugnis dafür abgelegt, daß das Vorgehen der Führer der Volksmassen selbst nur einem dunklen Drange entsprungen und das Volk selbst vollständig rückständig geblieben ist in seinen Begriffen einer verfassungsmäßigen Regierung. Und daß die Führer des Volkes, die Anstifter der Erhebung, die einen für die Massen so verhängnisvollen blutigen Anfang nahm, nicht die Leute sind, von denen sich eine friedfertige, erprießliche Mitarbeit an dem Auf- und Ausbau einer Verfassung erwarten läßt, das beweist ihre Rattlosigkeit nach der ersten Demonstration, deren böses Mißlingen sie bei einiger Anteiligkeit und Erfahrung hätten voraussehen müssen. Nun macht sich ihre Enttäuschung Luft in dem Schrei nach Rache, nach blutiger Vergeltung für die gebrachten Opfer, Opfer, deren Unvermeidlichkeit die ganze zivilisierte Welt vorausgesehen und die ganze Presse voraus verkündigt hatte. Und es wird, wie sicher anzunehmen ist, bei dem Wüten des Rachegeistes bleiben; es wird durch den Verlauf der Erhebung sich zur Gewißheit ergeben, daß das russische Volk zurzeit noch gar nicht reif ist für eine konstitutionelle Regierung, sondern zu dieser erst erzogen werden muß.

Für den Ausgang der gegenwärtigen Volkserhebung wird die eine Frage maßgebend sein: Kann, trotzdem Rußland seine Kerntruppen oder deren größten Teil in Ostasien in einen schweren Kampf verwickelt sieht, die dem unorganisierten Aufstand gegenüber verfügbare organisierte Streitmacht der russischen Regierung eine zuverlässige Stütze sein und bleiben? Bewährt sie sich als solche, so wird der Aufstand im Blute der Massen erstickt werden und ein ungeheures Elend über Millionen Unschuldiger die notwendige Folge sein. Ist die Armee dagegen derartig demoralisiert — und Anzeichen für eine solche Demoralisierung sind ja allerdings vorhanden — so daß sie in ihrer natürlichen vollständigen Unkenntnis verfassungsmäßigen Lebens die Waffen gegen die eigene Landesherriaßheit kehrt, dann ist die Anarchie unvermeidlich, jene Pöbelherrschaft, welche in sich selbst in Parteien zerfällt, wie in den französischen Revolutionen und sich selbst die Kehlen abschneidet, bis entweder ein starker Geist aufsteigt, der die in blutiger erschöpften Massen bändigt, oder bis Europa sich gezwungen sieht, mit Gewalt Ordnung zu schaffen zu

seiner eigenen Sicherheit, des nationalen Lebens und der politischen Existenz seiner Kulturvölker.

Daß die gegenwärtige Erhebung zu einer wirklichen Verfassung für Rußland führt, ist ganz ausgeschlossen. Schon Balunin hat in einem seiner Werke besonders betont, daß gerade das kommunistische anarchische Prinzip es verlangt, daß sein Volk zur Selbstherrschaft erzogen werde, daß sein Führer es zur praktischen Tat begeistere. Der russische Nihilismus hat im Anfange diesen Weg beschritten und er hat erfahren müssen, daß die Begeisterung für Ideale in unreifen Hirnen zu Gewalttat und Meuchelmord führt, daß das unwissende Volk kein Verständnis für Ideale hat und sich an ihnen nur zu Zorn und Haß erhit, deren Folge, der Racheburost, unausbleiblich ist. Wenn man das Geschimpfe auf den Zaren liest, das die deutsche sozialdemokratische Presse als höchsten Ausfluß ihrer Hebe produziert, so wird es auf der Stelle klar, daß es sich für die Agitatoren, welche jetzt in Rußland die Massen fanatisieren, nur darum handelt „praktische Revolution“ zu treiben, indem sie die unwissenden Massen, welche dem Zaren bisher die geradezu kindliche Liebe bewahrten, jetzt mit dem Geiste der Rache befeelen, den Zaren als den Tyrannen und Bösewicht, als Mörder seines Volkes, seine Diener als Henkersknechte ausrufen. Das ist ein Kriegsruf, den die Massen verstehen und dem sie folgen. Dieser Geist der Rache ist es, der die Anführer befeelt und er wird als Gegenwirkung naturgemäß die grausamen Instinkte der angegriffenen Soldateska wecken und deren Ausschreitungen erklären, entschuldbar erscheinen lassen.

Es ist bei den gegebenen Verhältnissen klar, daß auf diesem Wege eine Reform zu verfassungsmäßigen Regiment in Rußland nicht im mindesten gefördert wird. Die Tiraden Kropotkins, die Mystik eines Tolstoi und der Fanatismus eines Maxim Gorki verwirren nur die Geister und schaden, wo sie nützen könnten. Die russischen Revolutionäre sind längst der Gewalttätigkeit als einziges Hilfsmittel verfallen; Meuchelmord und Verbrechen sind ihre Waffen und diese hilft schmeiben und schärfen in erster Linie die deutsche Sozialdemokratie, welche sich für das Projekt einer Verfassung für Rußland keinen Finger naß machen würde, welche die Anarchie in Rußland allein als Hilfsmittel zu benutzen hofft, um die verhasste konstitutionelle Regierung in Deutschland zu stürzen. Ist doch der Sturm auf die Verfassung der Kern aller sozialdemokratischen Agitation.

Politische Weltschau.

Deutsches Reich. Der Kaiser machte gestern vormittag den gewohnten Spaziergang und stattete später dem Reichskanzler Grafen Bülow einen Besuch ab.

Die Reise des Kaisers und der Kaiserin nach dem Süden wird wiederum in Hoffreisen ernstlich in Betracht gezogen. Nach den Aufregungen und Anstrengungen, welche die Kaiserin anlässlich der Erkrankung des Prinzen Eitel Friedrich tagtäglich auf sich zu nehmen hatte, bedarf sie dringend der Erholung im Süden, ebenso wie dem Kaiser ein längerer Aufenthalt an den Gestaden des Mittelmeeres bzw. bei einer Seefahrt auf demselben stets gut getan hat. Daß der Kronprinz schon im Februar nach Italien reist und dort längere Zeit verbleiben wird, steht bereits fest, ebenso daß Prinz Eitel Friedrich nach seiner Wiedergenesung eine längere Rückkehr im Süden unternehmen wird. Der Zeitpunkt, wann die Reise des Kaiserpaars nach dem Süden erfolgt, ist noch Gegenstand der Erwägung, da hierbei auch die bevorstehende Vermählung des Kronprinzen mit in Betracht gezogen wird. Der Tag, an welchem diese stattfindet, steht bisher immer noch nicht fest.

Des Kaisers Dank. „Gottes Gnade hat Mich wiederum ein Lebensjahr in Gesundheit vollenden lassen. Leider ist die Festesfreude, die sonst Meinen Geburtstag beherrscht, durch die ernste Erkrankung Meines geliebten Sohnes, des Prinzen Eitel Friedrich, sehr getrübt worden. In Meiner Sorge um den teuren Kranken ist es Mir aber ein herzlichster Trost gewesen, aus den Mir in großer Zahl telegraphisch und schriftlich zugegangenen Segenswünschen, die besonders auch auf die baldige Wiedergenesung des Prinzen gerichtet waren, erneut zu erfahren, mit welcher herzlichen Teilnahme das deutsche Volk in allen seinen Schichten und

berufen Freude und Leid Meines Hauses begleitet. Nicht nur aus deutschen Gauen, fast aus allen Ländern des Erbteils sind Mir Glückwünsche zuteil geworden. Wo immer Deutsche Fuß gefaßt, da haben sie Meines Geburtstages als eines nationalen Festtages freudig gedacht und Mir ihre treue Gesinnung bekundet. Von dem Wunsche befeelt, allen, welche Mir an Meinem Geburtstage so freundliche und teilnahmevolle Wünsche gewidmet haben, Meinen herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen, ersuche Ich Sie, diesen Erlaß als bald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Berlin, den 2. Februar 1905. Wilhelm, I. R. An den Reichskanzler.“

Prinz Eitel Friedrich ist von den Ärzten für außer Gefahr erklärt worden und befindet sich auf dem Wege der Rekonvaleszenz. Der Kaiser war über diese günstige Nachricht so erfreut, daß er gestern abend erstmalig wieder das Opernhaus besuchte.

Ueber das Inkrafttreten der neuen Handelsverträge erklärte der Reichskanzler Graf Bülow am Mittwoch im Reichstag nach dem amtlichen stenographischen Bericht wörtlich: „Die neuen Handelsverträge sollen am 15. Februar 1906 in Kraft treten. Es ist unsere Absicht, sie am 15. Februar 1906 in Kraft treten zu lassen. Unser Handel und Industrie haben also ein Jahr Zeit, sich in die neuen Verhältnisse einzuleben.“

Die Verhandlung der Handelsverträge im Reichstage wird am nächsten Donnerstag beginnen. Der Seniorenkonvent des Reichstages beschloß, am Donnerstag mit den Verhandlungen den Anfang zu machen.

In der gestrigen Sitzung des weimarschen Landtages richtete Vizepräsident Müller nachfolgende Anfrage an die Staatsregierung: Will die großherzogliche Staatsregierung ihren Einfluß im Bundesrate dahin geltend machen, daß der fortgesetzten Vermehrung der Reichsschuld vorgebeugt und vielmehr eine allmähliche Verminderung angestrebt werde? Eine Beantwortung ist nicht erfolgt.

Die Auswechslung der Ratifikationsurkunden zu den beiden zwischen dem Reiche und Rußland am 6. Dezember v. J. abgeschlossenen Verträgen, betreffend die Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen der preussischen Staatsbahn bei Stalmierzyce und der Warschau-Kalischer Eisenbahn sowie zwischen der preussischen Staatsbahn bei Derby mit der Herby-Gesenhauer Eisenbahn hat gestern im auswärtigen Amt stattgefunden.

Vom Generalstreik im Ruhrrevier wird berichtet: In den 18 Bergwerksrevieren des Oberbergamtsbezirks Dortmund und auf der Zeche Rheinpreußen fuhrn gestern an von einer Gesamtbelegschaft von 259,446 Mann unter und über Tage 62,361 Mann (gegen 245,957 bzw. 52,089 am 1. d. M., aber ohne Rheinpreußen gerechnet.) Auf Rheinpreußen sind gestern 2992 von 4506 Mann angefahren, die 4800 Mann starke Belegschaft der nichtstreikenden Bezirke des Dortmunder Bezirkes ist vollständig angefahren. — Der gestern in Essen eingetroffene Minister des Innern Frhr. v. Hammerstein trat in Begleitung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz Rasse, des Regierungspräsidenten von Düsseldorf und anderer Vertreter der Behörden eine Rundfahrt durch den Stadt- und Landbezirk an und überzeugte sich von den seitens der Polizeibehörden getroffenen Maßnahmen. Hierauf fand eine Konferenz auf dem Landratsamt statt, an der außer den genannten Herren sämtliche Oberbürgermeister und Landräte der in Betracht kommenden Teile der Rheinprovinz teilnahmen. In der Konferenz wurden die getroffenen polizeilichen Maßnahmen besprochen, die der Minister billigte und für ausreichend erachtete. Abdann begab sich der Minister nach Dortmund, wo heute eine Konferenz zu demselben Zwecke stattfindet. — Der angesehene Mann in Westfalen, Herr Pastor von Bodelschwingh, hat nach Zeitungsberichten vorgeschlagen, daß der Staat die stillliegenden Bezirke so lange in Betrieb nehmen soll, bis die Einigung erfolgt ist. Dieses Vorgehen erscheint begründet durch das Verhalten der Belegschaft, welche leither so wenig Entgegenkommen zeigten, daß auf eine rasche Beilegung der Streitigkeiten kaum zu rechnen ist. Die in Aussicht genommenen Untersuchungen erfordern viel Zeit, so daß auch der Staat nicht so schnell eine volle Klarlegung wird schaffen können; Wochen evtl. Monate können vergehen,